



SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-476  
vom 29.12.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511/3030-4011/13  
Fax 0511/3030-4808  
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de  
Internet www.SPDLandtag-Nds.de

## **Bachmann: „Kommunaler Finanzausgleich muss Standortabbau auffangen!“**

Klaus-Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag erklärt, dass Niedersachsen bereits in den vergangenen Jahren sowohl beim Abbau von Standorten ausländischer Truppen als auch beim Abbau von Bundeswehrstandorten über dem Bundesdurchschnitt lag und deswegen nicht überproportional belastet werden darf.

„Die betroffenen Kommunen dürfen durch die Landesregierung nicht auf Dauer im Stich gelassen werden“, so Bachmann. „Sie brauchen Finanzausgleichshilfe des Landes für Konversionen“, so seine Forderung. Ziel müsse es sein, den kommunalen Finanzausgleich auf Dauer so zu stärken, dass derartige Einnahmeverluste und auch örtliche Umsatzrückgänge durch erhöhte Finanzmittel des Landes kompensiert werden.

„Deswegen erneuern wir unsere Forderung, die wir bereits im Haushalt eingebracht haben, den kommunalen Finanzausgleich auf alte Höhe zu setzen“, erklärt Bachmann.

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Erhöhung der Zuweisungsmasse um pauschal 50 Millionen Euro im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs als Einstieg in die Wiedererhöhung der Verbundquote auf 16,09 % vorzunehmen.

Weiterhin fordert die SPD-Fraktion im Zuge der Gemeindefinanzreform für eine Verstetigung der Einnahmen zu sorgen, in dem die Landesregierung sich

nicht nur dafür einsetzt, dass die Gewerbesteuer für die Kommunen erhalten bleibt, sondern dass sie zu einer verstetigten Gemeindegewerbesteuer ausgebaut wird.

Die FDP will die Haupteinnahmequelle der Kommunen abschaffen“, kritisiert Bachmann. „Das ist schlicht an der Realität vorbei“, so sein Urteil.

Die Innenpolitiker der SPD-Landtagsfraktion werden zu diesem umfassenden Thema des inländischen und ausländischen Truppenabbaus ihre erste Sitzung im neuen Jahr am 12.01.2011 beim Landeskommmando Niedersachsen der Bundeswehr durchführen, um sich vor Ort zu informieren.